



Die rund 20 Millionen Rentner müssen sich 2010 mit einer Nullrunde abfinden. Auch für 2011 rechnen die Experten jetzt schon mit einer Nullrunde für die Rentner.

Rentenversicherung:

Die doppelte Null

In den beiden nächsten Jahren werden die Renten nicht erhöht – eine Kürzung gibt es aber auch nicht.

Von Prof. Dr. jur. Kurt Maier, Berlin

Rentner müssen sich auf Nullrunden einstellen

Seit dem 29. April 2010 ist es amtlich: Die rund 20 Millionen Rentner müssen sich 2010 mit einer Nullrunde abfinden. An sich müssten die Renten am 1. Juli im Westen um 2,1 Prozent und im Osten um 0,54 Prozent gekürzt werden, weil auch die Durchschnittslöhne der Beschäftigten in der Krise gesunken sind.

Nullrunden in der Rückschau

Das erste Mal verhinderte die Politik 2006 eine Rentenkürzung; die Rentner kamen mit einer Nullrunde davon. In den Jahren 2008 und 2009, kurz vor den Bundestagswahlen, setzte die große Koalition den sogenannten Riester-Faktor aus, damit die Senioren nach mehreren Nullrunden eine etwas großzügigere Rentenerhöhung um 2,4 Prozent im Westen und 3,4 Prozent im Osten erhielten.

Basis für die Nullrunde sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Danach sanken die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer 2009 aufgrund der starken Zunahme der Kurzarbeit um durchschnittlich 0,4 Prozent.

Nachholung der Rentenkürzungen frühestens ab 2012

Auch für 2011 rechnen die Experten jetzt schon mit einer Nullrunde für die Rentner, da die Löhne kaum steigen dürften. Mithin kann wohl frühestens 2012 mit einem gesetzlich vorgegebenen Nachholen der in den vergangenen Jahren ausgefallenen Rentenkürzungen

begonnen werden. Im Westen haben sich bereits insgesamt 3,8 und im Osten 1,8 Prozentpunkte angesammelt. Nach der im vergangenen Jahr Gesetz gewordenen „Rentengarantie“ werden künftig Rentenerhöhungen so lange halbiert, bis der Nachholbedarf aufgefüllt ist.

Dabei geht die Rentengarantie nicht zu Lasten der jüngeren Generation. Denn unterbleibende Rentenminderungen sollen, worauf der Gesetzgeber wiederholt hingewiesen hat, in den Folgejahren mit künftigen Rentenerhöhungen verrechnet werden, so dass die finanzielle Stabilität der Rentenversicherung auch künftig gewahrt bleibt.

Beitragsatz bleibt für Regierung „aktualisierbare Größe“

Da die Löhne in nächster Zeit kaum steigen, dürfte aufgrund der gut gefüllten Reserven der Rentenversicherung Arbeitnehmern und Arbeitgebern keine Beitragserhöhung drohen. So kann wohl frühestens 2012 – und nicht wie ursprünglich vom Gesetzgeber angedacht im Jahre 2011 – mit dem Nachholen der in den vergangenen Jahren ausgefallenen Rentenkürzungen begonnen werden und frühestens im Jahre 2016 der Prozess gegebenenfalls abgeschlossen sein.

Die Rentengarantie belastet die Rentenversicherung voraussichtlich mit jährlichen Zusatzkosten von bis zu einer Milliarde Euro; doch Ende 2009 erreichte die Nachhaltigkeitsrücklage 16,1 Milliarden Euro: Das entsprach nach Berich-

ten der Deutschen Rentenversicherung Bund immerhin 97 Prozent einer Monatsausgabe. Damit lag sie um rund 250 Millionen Euro über dem im Oktober 2009 geschätzten Wert. Die Pflichtbeiträge stiegen trotz der Wirtschaftskrise um 24 Prozent auf rund 160 Milliarden Euro. Wenn man berücksichtigt, dass die Löhne und Gehälter in Deutschland zum ersten Mal seit 50 Jahren gesunken sind, kann man – so die Bundesarbeitsministerin Dr. von der Leyen – erahnen, welchen hohen Wert die Rentengarantie hat, indem sie gewährleistet, dass die Renten nicht sinken, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung so negativ war.

Kein Ausweichen für Rentenkürzungen auf den Bundeszuschuss

Bedeutsam bleibt im Kontext hierzu allerdings auch, dass es nicht zur Kürzung bisheriger staatlicher Zuschüsse, wie zum Beispiel des Bundeszuschusses zur Konsolidierung des Haushalts der Rentenversicherung, ab 2011 kommt. Schließlich wurden durch die Zuschüsse des Bundes mit rund 57,3 Milliarden Euro rund 27,6 Prozent der Rentenausgaben gedeckt. Denn wenn man einerseits den Zuschuss kürzt, dann wird man andererseits auch Leistungen kürzen und den Beitrag erhöhen müssen. Das hieße – worauf der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund besonders hinweist: Es gibt Steuererleichterungen und diese werden zum Teil durch Einschnitte bei der Rente gegenfinanziert. Hoffen wir, dass es nicht so weit kommt. ■